

## Presseerklärung

---

[www.ifi-hamburg.de](http://www.ifi-hamburg.de)

Hamburg, den 14.02.2018

### **Scholz soll nach Berlin – die Bezirksamtsleitung wird neu besetzt!**

#### **Wir erwarten: Auch Hamburg Nord muss im Sinne des Bürgervertrages handeln. Lippenbekenntnisse reichen da nicht aus!**

Aus Anlass der politischen Veränderungen in Hamburg und der anstehenden Neubesetzung des Bezirksamtsleiters Hamburg-Nord ziehen die Initiativen aus Hamburg-Nord „Lebenswertes Klein Borstel e.V.“, „Flüchtlinge nach Eppendorf“, „Initiative Gemeinsam Leben auf der Uhlenhorst“ und Bürgerinitiative "Neue Nachbarn Langenhorn e.V." gemeinsam Bilanz:

Im Bezirk Hamburg- Nord, in **Eppendorf** und **Klein Borstel**, stehen die Ampeln bezüglich der **Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung und einer angemessenen Bürgerbeteiligung auf Rot.**

Auch in **Uhlenhorst** – wo sich erst in 2017 die Initiative IGLU gegründet hat und es keinen stadtteilspezifischen Bürgervertrag gibt – ist die Lage zur Bürgerbeteiligung nicht anders. Und eine Besserung ist derzeit nicht abzusehen.

In **Langenhorn** (Ohkamp) gibt es Informationen nur auf mehrfache Anfrage. Wo sollen schulpflichtige Kinder eingeschult werden? Können die 60-80 Kindergartenplätze auch für Anwohnerkinder genutzt werden um eine Durchmischung sicher zu stellen? Diese Kernfragen der Bürgerverträge sind immer noch offen.

#### **Klein Borstel**

Bezirksamtschef Harald Rösler betreibt das Bebauungsplanverfahren Ohlsdorf 30 unter Missachtung der Vorgaben des Bürgervertrags. Der sieht für die künftige Bebauung des jetzt als Flüchtlingsunterkunft genutzten Geländes den sog. Hamburger Drittmix sowie eine Dichte und Gestaltung in Anlehnung an die bestehende Bebauung vor.

Bis zu 60% gefördertes Wohnen will sich der Bezirk dagegen nach einem Beschluss des Hauptausschusses der Bezirksversammlung vorbehalten. Schlimmer noch, in einem als Bürgerbeteiligung titulierten „Werkstattverfahren“ werden nur Entwürfe zugelassen, die bis zu dreimal mehr Wohneinheiten auf dem Gelände im Vergleich zur umliegenden Bebauung vorsehen. Bürgerbeteiligung mehr Schein als Sein, denn die mehr als 250 Unterschriften der unmittelbaren Anwohner, die auf die Einhaltung des Bürgervertrags drängen, werden ignoriert. Der Streit droht zu eskalieren und gefährdet die fristgerechte Feststellung des Bebauungsplans.

#### **Eppendorf**

Nach dem Scheitern der Großunterkunft mit 2.400 BewohnerInnen in der Osterfeldstraße am Rande zum Gewerbegebiet in Lokstedt hat der Bezirk Nord für Eppendorf kein tragfähiges Konzept für die Unterbringung für eine angemessene Anzahl von Geflüchteten entwickelt. Die geplante Unterkunft in der Loogestraße mit 104 BewohnerInnen deckt nur einen Teil der Kapazität ab, die vom Orientierungs- und Verteilungsschlüssel für den Stadtteil vorgesehen wird. Trotzdem ist nicht bekannt, dass sich das Bezirksamt um weitere Unterkünfte im Stadtteil bemüht. Chancen, die durch die Einbeziehung der BürgerInnen bei der Suche nach Optionen bestehen würden, werden nicht genutzt.

**In der bisherigen Planung für Eppendorf hat das Bezirksamt Nord die Bevölkerung in der Nachbarschaft eher als Gegner denn als Unterstützter betrachtet.** Die Angst vor kritischen Fragen und möglichen Einwänden hat zu einer völligen Verweigerung einer angemessenen Beteiligung geführt. Das schadet der Sache und schwächt das Ansehen der Bezirksverwaltung in der Bevölkerung.

## Presseerklärung

---

[www.ifi-hamburg.de](http://www.ifi-hamburg.de)

Trotz der Planung eines Festbaus in der Loogestraße wird weiterhin an einem Zeitraum von zehn Jahren für die Unterbringung festgehalten. Danach soll die Unterkunft abgerissen werden und die getätigten Investitionen wären verloren.

Angesichts des weiter andauernden Wohnungsmangels in Hamburg ist ein solches Vorgehen unverantwortlich. Diese Einschätzung wird dadurch unterstrichen, dass es bisher kein Konzept für die Folgeunterbringung von Flüchtlingen in Hamburg gibt, das eine Unterbringung in bezahlbarem Wohnraum gewährleisten könnte. Wir schlagen vor, dass die Bausubstanz in der Loogestraße erhalten bleibt und damit eine echte Perspektive Wohnen geschaffen wird. Grundvoraussetzung hierfür ist eine schnelle Umwandlung von örU in Sozialwohnungen in kleinen Standorten wie der Loogestraße. Wir nennen das das „Eppendorfer Konzept“! Kommunikation mit den BürgerInnen und Transparenz der Entscheidungen und Entscheidungsgründe eingeschlossen.

### Uhlenhorst

Im Bürgervertrag heißt es: „Auch Stadtteile, die sich bisher noch nicht in solche Diskussionsprozesse eingebracht haben, sind herzlich eingeladen, ihren Weg zu suchen. Derartige Verständigungen sollen gerade nicht das Privileg einzelner Stadtteile sein – sondern **ein Angebot an die ganze Stadt.**“ Anwohner der geplanten Unterkunft Averhoffstraße 38 gründeten daher Ende Oktober 2017 die Initiative Gemeinsam Leben auf der Uhlenhorst IGLU, die dem Dachverband IFI angeschlossen ist. Sie wollen im Sinne von Transparenz und Beteiligung rechtzeitig und richtig über die Pläne informiert werden, um sich einbringen zu können. Das Gegenteil ist in Uhlenhorst geschehen. In einer ersten Informationsveranstaltung des Bezirksamts im März war in der Planung der neuen örU die Aula der vormaligen Schule als Begegnungsstätte vorgesehen, was die Bürger begrüßten. In der zweiten Informationsveranstaltung im November war die Planung geändert und die Aula durch eingebaute Wohneinheiten kaum noch dafür nutzbar. **Eine möglichst große Zahl an Unterbringungsplätzen ist offenbar wichtiger als Begegnung und Integration.** Das ist die wiederkehrende Erkenntnis aus diesem Handeln.

Im März 2017 hieß es, die Laufzeit betrage 10 Jahre mit 5 Jahren Verlängerungsoption. Ohne die Anwohner zu informieren wurde tatsächlich ein Mietvertrag mit Fördern und Wohnen für die Nutzung von 15 Jahren mit zwei Mal 5 Jahren Verlängerungsoption geschlossen.

Das Gebäude bietet sich **aus Sicht der Anwohner als Modellprojekt im Sinne der FHH mit gemischter Belegung von Flüchtlingen und Ortsansässigen an** sowie zur Umsetzung von Erfahrungen aus anderen Unterkünften mit dem Ziel erfolgreicher Integration.

Auch in der Averhoffstraße wird wieder eine KITA in der örU geplant. Neu ist, dass der Betreiber die Verpflichtung haben soll, für eine Durchmischung der Belegung mit Kindern aus der Unterkunft und Kindern von Anwohnern zu sorgen. Es wäre das erste Mal, wenn dies in Hamburg gelänge.

In einem Gespräch zwischen IGLU und dem Bezirksamt im Dezember gab es keine gemeinsamen Ergebnisse, vor allem über die Forderungen der Initiative nach Transparenz und Beteiligung der Anwohner, Erhalt der Aula und Planung eines Modellprojekts zur Integration.

### Initiative für erfolgreiche Integration (IfI)

**Hamburg wird einen neuen Ersten Bürgermeister erhalten. Wir gehen davon aus, dass Olaf Scholz die Verpflichtung zur konsequenten Umsetzung des vereinbarten Konsenses an seinen Nachfolger übergibt.**

## Presseerklärung

---

[www.ifi-hamburg.de](http://www.ifi-hamburg.de)

**Olaf Peter**, Vorsitzender Lebenswertes Klein Borstel e.V.:

„Zwar werden die Rahmenbedingungen des Bürgervertrages die derzeitige Flüchtlingsunterkunft betreffend überwiegend eingehalten. Parallel versucht der Bezirk-Nord für die nachfolgende Wohnbebauung jedoch dauerhaft Fakten zu schaffen, die dem Bürgervertrag entgegenstehen. Eine Bereitschaft des Bezirks, das fehlerhafte Verfahren umzusteuern, ist bis zum heutigen Tage nicht zu erkennen. Harald Rösler regiert hier nach Gutsherrenart.“

**Götz von Grone**, Bürgerinitiative Flüchtlinge nach Eppendorf:

„Hamburg braucht Wohnraum, für Hamburger und auch für Flüchtlinge. In örU liegt die durchschnittliche Verweildauer mittlerweile bei 3 ½ Jahre. Das ist keine vorübergehende Unterkunft mehr, wie es eine örU sein sollte. Da wohnen Menschen und Familien über viele Jahre unter Bedingungen, die einer erfolgreichen Integration entgegenstehen. Wir haben daher das „Eppendorfer Konzept“ entwickelt. Das ist Perspektive Wohnen in einer integrationsfördernden Struktur. Natürlich nur mit einer guten Kommunikation mit den BürgerInnen und völliger Transparenz der Entscheidungen. Wir erwarten, dass auch die Bezirksverwaltung die von der STADTWERKSTATT formulierten Grundsätze der Bürgerbeteiligung anwendet. Die bisherige Bezirksklüngerlei ist schädlich für die Akzeptanz notwendiger politischer Entscheidungen. Das muss sich dringend ändern!“

**Annegret Witt-Barthel**, Bürgerinitiative „Initiative Gemeinsam Leben auf der Uhlenhorst“ (IGLU):

„Wir wollen als Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der Unterkunft in der Averhoffstraße beteiligt werden, damit Integration gelingt. Hamburg hat dazu wunderbare Konzepte in der Stadtwerkstadt, zu denen sich auch der Bezirk Hamburg-Nord bekennt. Wir fordern das Bezirksamt auf, sie zur Beteiligung der Bürger einzusetzen. Damit können wir hier ein Modellprojekt für Integration mit einer Durchmischung von Wohnungen für Flüchtlinge und hier Ansässige entwickeln, für das dieses Gebäude hervorragend geeignet ist.“

**Horst Düwel**, Bürgerinitiative „Neue Nachbarn Langenhorn e. V.“:

„In Ohkamp, das ist ein Projekt Perspektive Wohnen, ist bereits heute erkennbar, dass bisher nicht geklärt ist, wo die schulpflichtigen Kinder eingeschult und die 60-80 Kindergartenplätze zur Verfügung stehen werden und dabei eine Durchmischung sichergestellt wird. Aus der Kommunikation im Dachverband wissen wir, dass dies die „Standardprobleme“ bei allen örU sind. Im Bürgervertrag heißt es dazu: „Es ist sicherzustellen, dass die Kita-Versorgung für die Familien in der Nachbarschaft sich in keiner Weise verschlechtert und **das gemeinsame Aufwachsen an allen Kita-Standorten befördert wird. ... Das vorrangige Ziel ist die Betreuung von Kindern aus öffentlich-rechtlicher Unterbringung in umliegenden Kitas.**“ Wieso auch 1 ½ Jahre nach Abschluss des Bürgervertrages hier keine Selbstverständlichkeit entstanden ist, kann nicht nachvollzogen werden. Auch bei uns kommunizieren der Bezirk und die beteiligten Stellen nur bei drängenden Nachfragen. Bürgernähe sieht anders aus!“

**Klaus Schomacker**, Sprecher des Dachverbandes IFI:

„Es drängt sich der Eindruck auf, dass Bürger stören. Wenn Bürgerbeteiligung zur hohlen Phrase verkommt, dann ist Politikverdrossenheit eine unausweichliche Konsequenz. Das wäre nicht mein Hamburg!“

Ansprechpartner für die Presse:

Klaus Schomacker

Tel.: 01578 / 3 28 55 55

[klaus.schomacker@t-online.de](mailto:klaus.schomacker@t-online.de)